



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wofür steht die Bürgerinitiative Schriesheimer Hof?

Von Manchen wird uns vorgeworfen, wir würden einseitig informieren. Selbstverständlich stehen wir auf einer und nur einer Seite, wenn wir fordern, die Grünflächen am Schriesheimer Hof zu erhalten oder zumindest keine Gewerbeflächen im Schlepptau eines neuen Supermarktes zu erschließen. Eine Bürgerinitiative, die sich zwischen zwei Meinungen nicht entscheiden kann, wird in der Öffentlichkeit kaum überzeugend auftreten können. Zu unserer Sicht der Dinge sind wir im Übrigen auch erst nach Abwägung aller uns bekannten Argumente gelangt. Diese Argumente und unsere Beweggründe finden Sie auf unserer Homepage www.bi-schriesheimerhof.de ausführlich dargestellt.

"Spalter der Gesellschaft" unseres Ortes, wie es auch schon hieß, sind wir nicht. Aber wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungen von großer Tragweite nicht nur im Gemeinderat beraten werden. Klar ist: Die Mitglieder des Gemeinderats können grundsätzlich das Vertrauen der Bürgerschaft erwarten. Umgekehrt muss die Bürgerschaft aber auch erwarten können, bei wichtigen Entscheidungen, die die Entwicklung und das Gesamtbild unseres Ortes betreffen, rechtzeitig informiert zu werden, um daran mitwirken und mitentscheiden zu können. Die Gemeindeverwaltung sieht das offenbar anders und verweist darauf, dass das spätere Verfahren ja eine öffentliche Bürgerbeteiligung vorsieht. Bei dieser

stehen jedoch grundsätzliche Entscheidungen wie etwa die Größe oder die Art des Baugebietes nicht mehr zur Diskussion. Und schon gar nicht kann sich dabei die Forderung durchsetzen, auf einen Bebauungsplan auch ganz zu verzichten. Darum haben wir im Frühjahr mit dem erfolgreichen Bürgerbegehren den Bürgerentscheid erwirkt. Die Gemeindeordnung des Landes lässt für Bürgerentscheide jedoch keine Änderungen an Details eines Gemeinderatsbeschlusses zu. Dieser kann nur komplett aufgehoben oder bestätigt werden.

Daher stehen wir für das **"JA" zur Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses**.

Maßhalten ist kein Stillstand.

Es geht nicht um Stillstand oder darum, die Entwicklung von Wilhelmsfeld zu blockieren, sondern es gilt, diese mit Maß und Ziel zu gestalten: das heißt, indem man zunächst den tatsächlichen Bedarf ermittelt und dann einen Bürgerdialog über das Machbare und Wünschenswerte ermöglicht, und zwar bevor die Planungen für ein Gewerbegebiet beginnen. Zu diesem Meinungsaustausch in der Bürgerschaft versuchen wir, auch mit den Audiopodcasts auf unserer Homepage beizutragen: Kurze Interviews, bei denen die Anwohner und Grundstücksbesitzer am Schriesheimer Hof ebenso zu Wort kommen, wie Gewerbetreibende und Ärzte am Ort. Ergänzt werden die Stimmen aus der Bevölkerung um Aussagen von fachkundigen Natur- und Umweltverbänden sowie von Persönlichkeiten mit Einblick in kommunalpolitische Abläufe. Wir empfehlen sehr, sich diese Meinun-

gen anzuhören - dass sie alle auf jener einen Seite stehen, ist klar. Von der anderen Seite wird argumentiert, mit dem Gemeinderatsbeschluss, einen Bebauungsplan auf den Weg zu bringen, soll nur das Machbare ausgelotet und nicht das gesamte Areal für eine Bebauung vorgesehen werden. Aber ein Bebauungsplanverfahren ist für diesen Zweck nicht das vorgesehene Mittel und zudem unverhältnismäßig teuer. Bebauungspläne werden niemals dafür aufgestellt, nur einen kleinen Teil der überplanten Fläche einer Bebauung zuzuführen, auch wenn jetzt noch das Gegenteil beteuert wird. Denn je größer das Plangebiet, desto teurer wird das Bebauungsplanverfahren für die Gemeinde. Zudem ist zu beachten, dass mündliche Willensbekundungen einzelner Gemeinderäte völlig unverbindlich sind und bei der zukünftigen Entwicklungsplanung keinerlei Bedeutung haben.

Darum: **Der Aufstellungsbeschluss muss für diesen Bebauungsplan aufgehoben werden.** Nur das steht beim Bürgerentscheid zur Abstimmung.

„Konkurrenz belebt das Geschäft.“

Das Konzept, Supermärkte und Parkplätze auf die grüne Wiese zu stellen, hat sich überholt. Entsprechende Planungen sind schädlich für gewachsene Strukturen und stehen der Weiterentwicklung des Ortskerns im Wege. Alle Aktivitäten werden dabei erfahrungsgemäß an den Ortsrand verlagert. Das entspricht sicher nicht dem Wunsch vieler in unserer Gemeinde, die Ortsmitte zu beleben und dort Raum für Begegnungen zu schaffen. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass sich die Bürger zwischen "Mobilitätsstation" und Supermarkt am Ortsrand zum Verweilen und zum Treffen eingeladen fühlen. Zudem birgt die Ansiedlung eines derartigen "Zentrums außerhalb" das Risiko in sich, dass darunter die bestehenden Geschäfte massiv leiden und sie durch diese Konkurrenz zur Aufgabe gezwungen werden. Dies ist die Konsequenz, die die Ansiedlung von „Vollsortimentern“ auf der grünen Wiese nach sich zieht. Und damit stirbt zugleich jede Idee einer Weiterentwicklung des Ortsmittelpunktes.

In vielen Gemeinden wird auf eine derartige Entwicklung im Interesse der Bürgerschaft verzichtet – nicht zuletzt auch nach den Erfahrungen der Pandemie. Gefragt sind innovative Konzepte, die den Einzelhandel stärken und damit auch Begegnungsmöglichkeiten dort schaffen, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben: ein Konzept der kurzen Wege, immer auch umweltfreundlich.

Dass Konkurrenz in Wilhelmsfeld angeblich das Geschäft belebt, ist in unseren Augen nicht zu erwarten. In großen Kommunen mag das zutreffen, für unsere kleine Gemeinde befürchten wir schweren wirtschaftlichen Schaden für die Familien hinter den Einzelhandelsgeschäften im Ort.

Stimmen Sie mit „JA“ für einen lebendigen Ortskern!

Die B.I.S. macht sehr wohl eigene Vorschläge.

Wer der Bürgerinitiative vorwirft, keine eigenen Vorschläge zu machen, übersieht dabei, dass es nicht darum geht, für die Zukunft einer unbebauten – aber nicht ungenutzten(!) – Grünfläche am Ortsrand nur zwischen verschiedenen Arten der Bebauung zu entscheiden, also etwa gewerblich oder für den Wohnungsbau. Die B.I.S. vertritt ganz entschieden die Meinung, dass der Erhalt der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Nutzung eine mindestens genauso legitime Option darstellt. Und die Rücknahme des Gemeinderatsbeschlusses vom November, einen Bebauungsplan in Auftrag zu geben, bewirkt zunächst nichts anderes, als dass die Flächen weiter so genutzt werden wie bisher: landwirtschaftlich und als Rodelhang für die Kinder. Gleichzeitig erhalten wir damit viele wichtige ökologische Funktionen der Grün- und Ackerflächen und schützen das lokale Klima, das unseren Ort so auszeichnet. Im Rahmen einer wirklich offenen Diskussion mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Wilhelmsfelds, inklusive der Grundstückseigentümer und Landnutzer, kann dann später neu beraten und über die künftige Nutzung entschieden werden – aber nicht so, wie bis jetzt von

Gemeinderat und Gemeindeverwaltung betreiben.

Unser Vorschlag lautet also: Beschluss zurücknehmen, Bedarf ermitteln, Bürgerdialog beginnen.

Und nun erlauben wir uns, diese Forderung nach konkreten Vorschlägen einmal umzudrehen: Wir warten auf einen Vorschlag der Gemeindeverwaltung, wie die Flächen am Schriesheimer Hof genutzt werden sollen.

Bislang wurden von den Fraktionen des Gemeinderats, die das Gewerbegebiet befürworten, in loser Folge diverse und nicht unbedingt nachvollziehbare Entwicklungsideen veröffentlicht, allesamt ohne belastbare Bedarfsanalyse und ganz offenbar nicht Teil eines gemeinsam abgestimmten Entwicklungskonzepts. Selbst der Bau eines Supermarktes ist nirgends als Ziel der Gemeindeverwaltung offengelegt worden, geschweige denn um welche Art Supermarkt es dabei geht und welche Größe er haben wird. Jeder weiß aber doch, dass es kleine bis sehr große Supermärkte gibt. Was planen also die Gemeindeverwaltung und einige Gemeinderäte in Wilhelmsfeld? Wir denken, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, das zu erfahren.

Die zuletzt von CDU, FW und BGW vorgestellten Ideenskizzen für einen Supermarkt an der Altenbacher Straße sind gänzlich unverbindlich und ohne jede Machbarkeitsprüfung. Außerdem bleibt die bauliche Entwicklung der verbleibenden Grünflächen nach wie vor vollkommen unklar. **Abgestimmt wird beim Bürgerentscheid aber nicht über den Bau eines Supermarkts, sondern über die Planung eines überdimensioniert großen Gewerbegebiets.**

Stimmen Sie mit „JA“ für den Erhalt der Grünflächen an Stelle grauer Gewerbegebäude!



Foto Aranka Schön Photography, Wilhelmsfeld

Flächen für spätere Generationen bewahren.

Das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil zum Klimaschutzgesetz der Bundesregierung die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt: Spätere Generationen dürfen durch Klimaschutzgesetze nicht ungerecht belastet werden, indem heute den Wählerinnen und Wählern die Kosten notwendiger, aber unbequemer Klimaschutzmaßnahmen erspart werden.

Wo naturnahe Flächen mit Beton und Asphalt versiegelt werden, geht ein wichtiger Schutzfaktor für das Klima verloren. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist mit ca. 52 ha pro Tag(!) noch immer immens und das hat Folgen für unser Klima. Bezogen auf Wilhelmsfeld, ohnehin eine Gemeinde mit wenig Landbesitz, bedeutet Generationengerechtigkeit also, dass auch wir heute mit der endlichen Ressource Boden schonend umgehen müssen, um nicht künftigen Generationen die weitere Entwicklung völlig zu verbauen. Warum also nicht dieses Klimakapital von 6,4 Hektar am Schriesheimer Hof für die Zukunft bewahren?

Stimmen Sie mit „JA“ für eine generationengerechte und umweltverträgliche Entwicklung.

Joachim Finkbeiner-Rinn, Jochen Schwarz,
Edit Spielmann, Malou Rexforth-Höhn,
Jakob Höhn, Jörg Tröger